

Verwendungs-, Verteilungskonflikte und Inflationsprozeß in den vier großen EG-Ländern¹

In den vier großen EG-Ländern war die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren sowohl durch Preissteigerungen als auch durch Strukturverschiebungen unterschiedlichen Ausmaßes gekennzeichnet. Dabei hatte das durchschnittliche Wachstum des realen Sozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in Italien ein ähnliches Tempo. In Großbritannien war es jedoch erheblich geringer als in den anderen drei Ländern.

Die Unterschiede von Land zu Land sind nicht zuletzt auf abweichende Ausgangsbedingungen in den Nachkriegsjahren zurückzuführen. 1953 betrug die Anlageinvestitionsquote in Großbritannien nur 14 vH, in Frankreich 16 vH, in Italien dagegen 19 vH und in der Bundesrepublik Deutschland sogar 21 vH. Vor allem in Frankreich, aber auch in Großbritannien mußte deshalb die Verwendungsstruktur zugunsten der Investitionen verändert werden, damit der Wachstumspfad eingehalten werden konnte.

In beiden Ländern war diese Umstrukturierung nicht möglich, ohne daß es zeitweilig zu heftigen Konflikten um die Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts kam, die zu stärkeren Lohn- und Preissteigerungen führten. In Großbritannien dürften diese Konflikte ein entscheidendes Hindernis für eine stärkere Erhöhung der Investitionsquote und damit ein schnelleres Wachstum gewesen sein. In eine

ähnliche Lage ist seit einigen Jahren auch Italien geraten, wo bei steigenden marginalen Kapitalkoeffizienten die reale Investitionsquote angehoben werden müßte, wenn das künftige Wachstum nicht gefährdet werden soll. Am schwächsten waren die Verwendungs- und Verteilungskonflikte bisher in der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings bereitet es auch hier gegenwärtig Schwierigkeiten, die Investitionsquote, die in den letzten Jahren konjunkturbedingt gefallen war, wieder zu erhöhen.

Entscheidendes Problem ist es in allen Ländern, eine Verständigung zwischen Unternehmen, Arbeitnehmern und Staat über die zu verwirklichende Verwendungs- und Verteilungsstruktur herbeizuführen. Die Vorstellungen der Tarifparteien über die wünschenswerte Einkommensverteilung weichen allerdings meist stark voneinander ab. Aber auch die Auffassungen über die erforderliche Verwendungsstruktur sind sehr unterschiedlich. Nicht nur ist strittig, welcher Teil des Sozialprodukts für öffentliche und welcher für private Zwecke verwendet werden soll. Über die Höhe der Investitionsquote und des Außenbeitrags bestehen ebenfalls Divergenzen. Allerdings steht in keinem Land das Ziel eines Wirtschaftswachstums, bei dem das Produktionspotential voll

¹ Ergebnisse einer Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich, Italien, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag der Kommission der EG.

genutzt wird, ernsthaft infrage. Durch dieses Wachstumsziel ist aber die jeweils erforderliche Investitionsquote weitgehend determiniert. Soll das Wachstumsziel nicht gefährdet werden, so muß diese Quote hingenommen werden.

Damit ist jedoch nicht nur auf der Verwendungs-, sondern auch auf der Verteilungsseite des Sozialprodukts die Gestaltungsfreiheit eingeschränkt; denn Verwendungs- und Verteilungsstruktur stehen in einer wechselseitigen Beziehung zueinander. Einmal beeinflussen die privaten Investitionen über dem Kreislaufzusammenhang das Verhältnis zwischen Gewinn- und Lohn Einkommen, zum anderen hängt es entscheidend von der Gewinnquote ab, wie hoch der Anreiz für private Investitionen ist. Allerdings fällt es schwer, eine Mindestgröße der Gewinnquote anzugeben, die noch genügend Investitionsanreiz gibt. Da der Anteil des Gewinns G am Sozialprodukt P , die Gewinnquote $\frac{G}{P}$, und seine Relation zum Kapitalbestand K , die Profitrate $\frac{G}{K}$, in einer Beziehung stehen, die durch den Kapitalkoeffizienten $\frac{K}{P}$ bestimmt wird², hängt es von der Höhe dieses Koeffizienten ab, welche Mindestgewinnquote eine Kapitalverzinsung gewährleistet, die die Investitionsneigung nicht schmälert.

Die Gewinnquote dürfte in allen betrachteten Volkswirtschaften zumindest in der ersten Phase eines konjunkturellen Aufschwungs diese Mindestgröße überschritten haben. Die Gewerkschaften waren häufig nicht bereit, dies zu tolerieren, obwohl die Verteilungsstruktur auch durch das Ausgangsgebaren der Arbeitnehmer-Haushalte mitbedingt war. Denn durch ein höheres Sparen dieser Haushalte hätte die Verteilung für sie verbessert werden können.

In Frankreich gelang es zwischen 1953 und 1973, die reale Anlageinvestitionsquote um 12,5 Prozentpunkte zu steigern und die Anteile des realen privaten und öffentlichen Verbrauchs um je 7 Prozentpunkte zu verringern. Gleichzeitig verminderte sich die korrigierte³ Lohnquote um 6,5 Prozentpunkte. Die Konsumquote wurde nicht schrittweise im Wachstumsprozeß zurückgedrängt; vielmehr konnte der Anteil des realen privaten Verbrauchs erst beträchtlich verringert werden, nachdem 1958 eine restriktive Wirtschaftspolitik eine Konjunkturab-

$$^2 \frac{G}{P} = \frac{G}{K} \cdot \frac{K}{P}$$

³ Um Änderungen des Zahlenverhältnisses zwischen den selbständig und unselbständig Beschäftigten.

Frankreich

Durchschnittliche jährliche Veränderungen in vH
real zu Preisen von 1953

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	4,7	3,3	6,3	5,3	5,9	5,1
Öffentlicher Verbrauch	-4,8	2,3	3,2	4,0	3,9	3,0
Anlageinvestitionen	10,7	9,1	10,1	7,6	7,2	9,0
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	10,3	9,8	9,6	7,7	7,4	9,0
Anlageinvestitionen des Staates	13,4	4,3	13,8	6,6	5,5	9,1
Wohnbauten	17,2	9,3	12,0	5,2	5,7	8,8
Sonstige Bauten	5,7	8,6	10,3	7,2	7,1	8,9
Ausrüstungen	10,9	9,4	8,9	9,0	7,9	9,1
Ausfuhr von Gütern und Diensten	11,6	6,1	6,9	11,8	11,4	8,9
Einfuhr von Gütern und Diensten	5,0	3,7	9,3	13,1	12,7	9,0
Bruttosozialprodukt	5,5	5,3	5,9	5,9	5,7	5,7

schwächung herbeigeführt und Produktionsfaktoren freigesetzt hatte, die während der folgenden Konjunkturbelebung für die Investitionsgüterproduktion in Anspruch genommen wurden. Vor 1958 war die überdurchschnittliche Investitionszunahme von sich verschärfenden Verwendungs- und Verteilungskonflikten begleitet, bei denen sich der Preisauftrieb ständig beschleunigte. Die Erhöhung der Investitionsquote konnte nur dadurch ausgeglichen werden, daß der Staat eine Verringerung des Anteil des realen öffentlichen Verbrauchs und außerdem eine Passivierung des Außenbeitrags in Kauf nahm.

Aber auch nach 1958, als es gelungen war, die Quote des privaten Verbrauchs fühlbar zu vermindern, verlief die weitere Entwicklung nicht konfliktfrei. Mit der Verschiebung der Verwendungsstruktur ging eine Änderung der korrigierten Verteilungsstruktur zu Lasten der unselbständig Beschäftigten einher. Dies nährte den Verteilungskonflikt, der sich vor allem 1968 zuspitzte. Er ist neben der Ölpreiserhöhung auch eine wichtige Ursache dafür, daß sich 1974 das Inflationsklima in Frankreich wieder erhitzte.

Die französische Regierung suchte der Inflationsbeschleunigung, die eine Leistungsbilanzverschlech-

terung nach sich zog, wiederum durch eine restriktive Politik entgegenzutreten. Hätte dies eine Senkung der Investitionsquote zur Folge, so würde sich zwar die Verteilungsstruktur zugunsten der unselbständig Beschäftigten verändern. Durch eine Verringerung der Investitionsquote würde jedoch der künftig mögliche Wachstumspfad abgeflacht werden. Eine solche Abflachung müßte bei der gegebenen Entwicklung der Erwerbsbevölkerung zu steigender Arbeitslosigkeit führen, nicht aber notwendigerweise zur Verlangsamung des Preisauftriebs. Die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen sind in diesem Fall selten dazu bereit, ihre Ansprüche dem verminderten Produktionszuwachs anzupassen. Verteilungskonflikte setzen sich daher fort, wenn die Verteilungsstruktur nur deshalb ausgeglichener ist, weil das Sozialprodukt weniger wächst. Die Entwicklung in Großbritannien ist hierfür ein beredtes Beispiel.

Die Restriktionspolitik zielte deswegen keineswegs auf eine Verringerung der Investitionsquote und eine langfristige Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Aber auch dann, wenn die Regierung — wie in der Vergangenheit — solche unerwünschten Folgen der Dämpfungspolitik verhindern kann, bereitet die Beilegung des Verteilungskonflikts erheb-

Frankreich

Durchschnittliche jährliche Veränderungen
der Preise in vH

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	1,3	6,7	3,9	4,6	6,2	4,6
Öffentlicher Verbrauch	1,7	8,9	6,8	6,2	7,0	6,5
Anlageinvestitionen	0,3	6,2	4,1	3,8	5,1	4,2
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	0,2	6,0	4,1	3,7	5,2	4,1
Anlageinvestitionen des Staates	1,0	7,6	4,2	4,4	4,6	4,5
Wohnbauten	1,4	7,3	5,7	4,6	6,1	5,1
Sonstige Bauten	1,6	5,9	5,6	4,1	3,8	4,2
Ausrüstungen	-0,7	5,8	2,9	3,0	5,4	3,6
Ausfuhr von Gütern und Diensten	-0,6	6,1	2,4	2,8	4,4	2,6
Einfuhr von Gütern und Diensten	-0,1	5,8	0,9	1,9	3,1	2,4
Bruttosozialprodukt	1,8	7,1	4,4	4,5	6,2	4,8

Italien

Durchschnittliche jährliche Veränderungen in vH
real zu Preisen von 1953

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	2,9	4,7	5,8	6,3	3,9	5,4
Öffentlicher Verbrauch	3,0	3,9	4,5	3,5	4,3	4,0
Anlageinvestitionen	11,5	7,3	2,7	8,4	2,4	5,5
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	14,0	6,8	2,6	9,0	3,5	5,6
Anlageinvestitionen des Staates	-2,6	11,0	3,4	4,5	-5,8	5,0
Wohnbauten	20,2	7,1	8,2	6,3	-1,6	5,8
Sonstige Bauten	9,4	8,7	1,7	5,5	-1,6	4,5
Ausrüstungen	8,6	6,5	0,2	11,4	6,2	6,0
Ausfuhr von Gütern und Diensten	10,2	17,8	12,4	11,4	8,3	13,4
Einfuhr von Gütern und Diensten	6,6	13,2	10,2	14,0	9,1	12,2
Bruttosozialprodukt	5,5	5,9	5,2	6,1	3,4	5,6

liche Schwierigkeiten. Bei weiterhin steigender Investitionsquote müßte sich die Verteilungsstruktur auch künftig zugunsten der Unternehmen verschieben; es sei denn, die Sparquote der Arbeitnehmer-Haushalte nimmt in Zukunft rascher zu als in der Vergangenheit. Die Arbeitnehmer müßten sich dann allerdings zu einer Anlage ihrer Ersparnisse bereithalten, die die Fremdfinanzierung der Investitionen erleichtert.

Anders als in Frankreich konnte in Italien die Verwendungs- und korrigierte Verteilungsstruktur nur geringfügig geändert werden. Die reale Anlageinvestitionsquote nahm zwischen 1953 und 1973 um 2,5, der reale Außenbeitrag um 2 Prozentpunkte zu, der Anteil des realen privaten und des realen öffentlichen Verbrauchs nahm um 2,5 bzw. 3 Prozentpunkte ab. Die korrigierte Lohnquote ist geringfügig gesunken, wenn der Sprung in der korrigierten Reihe zwischen 1958 und 1959, bedingt durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik, nicht als Erhöhung der Lohnquote interpretiert wird. Die nur mäßigen Strukturänderungen in Italien sind keineswegs darauf zurückzuführen, daß die Verwendungs- und Verteilungskonflikte geringer als in Frankreich gewesen wären, auch wenn im Durchschnitt die Preise in Italien langsamer stiegen. Der Periode zwischen 1953 und 1962, in der größere Konflikte vermieden werden

konnten, folgt die Periode von 1963 bis zur Gegenwart, in der heftige Verwendungs- und Verteilungskonflikte die durch die Entwicklung in der Vorperiode mitbedingt sind, den Wirtschaftsverlauf stark beeinträchtigen. Die Konfliktaustragung verhinderte in Italien, anders als in Frankreich, eine stärkere Verschiebung der Verwendungs- wie Verteilungsstruktur.

Zwar gelang es zwischen 1953 und 1963, die Anlageinvestitionsquote etwa im gleichen Maße zu steigern wie in Frankreich und den Anteil des privaten Verbrauchs entsprechend zu vermindern, ohne daß es zu einem Konjunkturerinbruch kam und ohne daß der Verwendungskonflikt ein großes Ausmaß annahm. Die jährlichen Preissteigerungen lagen, gemessen an der Preiskomponente des Sozialprodukts, bis 1961 nicht über 4 vH, meist sogar unter 3 vH.

Die Verringerung der korrigierten Lohnquote, die mit der Änderung der Verwendungsstruktur einherging, wurde jedoch von den Gewerkschaften, die sich bis dahin mit geringeren Lohnsteigerungen zufrieden gaben als die französischen, von 1962 an nicht mehr toleriert. Die Lohnsatzsteigerungen eskalierten 1963 bis auf knapp 20 vH und der Preisanstieg beschleunigte sich bis auf über 8 vH. Die italienische Leistungsbilanz, die in den Vorjahren einen Überschuß aufgewiesen hatte, geriet daraufhin ins Defizit.

Italien
Durchschnittliche jährliche Veränderungen
der Preise in vH

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	2,7	1,6	5,2	3,0	7,1	3,5
Öffentlicher Verbrauch	6,2	4,0	10,4	3,9	11,6	6,6
Anlageinvestitionen	-0,2	1,1	5,3	4,2	8,9	3,7
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	-2,8	2,0	5,4	4,3	7,1	3,9
Anlageinvestitionen des Staates	15,4	-4,2	4,3	3,4	21,2	2,6
Wohnbauten	3,0	1,7	7,2	5,8	9,1	4,9
Sonstige Bauten	1,6	1,5	6,9	5,3	8,8	4,7
Ausrüstungen	-2,3	0,5	2,6	2,4	9,7	2,2
Ausfuhr von Gütern und Diensten	0,4	-3,7	1,4	1,0	6,2	0,3
Einfuhr von Gütern und Diensten	-1,1	-3,8	0,9	1,1	9,4	0,4
Bruttosozialprodukt	3,1	1,9	5,9	3,3	7,5	3,9

Auch auf die Investitionstätigkeit blieb die Lohnexplosion nicht ohne Rückwirkungen. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen, vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, nahmen 1964 und 1965 beträchtlich ab; die Anlageinvestitionsquote fiel 1965 hinter den Stand von 1954 zurück. Obwohl diese Quote zwischen 1966 und 1970, nachdem sich der Lohn- und Preisaufrtrieb wieder verlangsamt hatte, erneut leicht zunahm, gelang es nicht, ihren Rückgang zwischen 1963 und 1966 wettzumachen. Die Anlageinvestitionsquote lag 1970 unter dem Stand von 1963.

Anders als in Frankreich nach 1958 wurde in Italien der Spielraum, den die Konjunkturverlangsamung 1963/64 geschaffen hatte, nicht für eine anhaltende Erhöhung der Investitionsquote genutzt. Vielmehr aktivierte sich die Leistungsbilanz in Italien nach der Konjunkturabschwächung mehr als in Frankreich. Dies trug dazu bei, daß die korrigierte Lohnquote erneut sank. Eine allmähliche Verschärfung des Verteilungskonflikts und eine Beschleunigung des Lohn- und Preisaufrtriebs war die Folge. Die Investitionsentwicklung wurde wiederum beeinträchtigt. Zwar dehnten die Unternehmen 1973 die Investitionen noch einmal kräftig aus. Gleichzeitig wirkten aber die Gewerkschaften einer weiteren Veränderung der Einkommensverteilung zu ihren Lasten

entgegen, indem sie Lohnsatzsteigerungen forderten und im Konjunkturaufschwung auch durchsetzten, die hinter denen des Jahres 1963 kaum zurückblieben. Der Anstieg der Preise beschleunigte sich infolgedessen beträchtlich. Dies ist Ausdruck sich verschärfender Verwendungs- und Verteilungskonflikte, die seit 1973 mit zunehmender Härte ausgetragen werden und die das italienische Dilemma nun besonders deutlich werden lassen:

Einerseits verlangt ein hohes Wirtschaftswachstum, das schon allein zur Entwicklung des rückständigen Süditaliens erforderlich ist, kräftig steigende Investitionen, die die Investitionsquote spürbar anheben. Andererseits sind die Gewerkschaften nicht bereit, Verwendungs- und Verteilungsstrukturen zu tolerieren, die für Investitionen wie Gewinne genügend Platz lassen.

Dieser Konflikt ist durch die Ölpreiserhöhung weiter verschärft worden. Die italienische Leistungsbilanz ist nicht zuletzt als Folge dieser Preissteigerungen stark defizitär geworden. Die Verminderung des Leistungsbilanzdefizits kann nur zu Lasten der inländischen Verwendung gehen. Soll der Pfad des Wirtschaftswachstums künftig nicht erheblich flacher verlaufen, so heißt das: zu Lasten des realen Verbrauchs. Für die Gewerkschaften bedeutete dies, daß sie sich mit beträchtlich geringeren Lohnsatzsteige-

Großbritannien

Durchschnittliche jährliche Veränderungen in vH
real zu Preisen von 1953

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	4,1	2,8	3,0	2,0	4,6	2,8
Öffentlicher Verbrauch	-1,8	-0,3	2,4	1,6	3,6	1,6
Anlageinvestitionen	7,2	5,1	5,9	3,4	2,7	5,0
Anlageinvestitionen d.Unternehmen	13,2	6,5	5,4	2,8	3,7	5,3
Anlageinvestitionen des Staates	-5,1	0,7	7,7	5,4	-0,3	4,2
Wohnbauten	-1,6	1,6	7,5	0	5,3	3,6
Sonstige Bauten	11,2	7,0	6,5	4,0	0,3	5,9
Ausrüstungen	9,7	5,4	4,9	4,3	3,4	5,0
Ausfuhr von Gütern und Diensten	5,9	2,2	3,8	6,3	6,7	4,3
Einfuhr von Gütern und Diensten	7,6	3,6	3,5	5,4	8,8	4,6
Bruttosozialprodukt	3,5	2,4	3,4	2,4	3,5	2,9

rungen, als sie in den letzten Jahren durchgesetzt hatten, zufrieden geben müßten. Eine Veränderung der Verteilungsstruktur zu ihren Lasten könnten sie dabei nur verhindern, wenn die Arbeitnehmer-Haushalte verstärkt sparten.

Im Gegensatz zu Italien konnte die Anlageinvestitionsquote in Großbritannien zwischen 1953 und 1973 real immerhin um 6 Prozentpunkte erhöht werden. Da das Ausgangsniveau in Großbritannien sehr niedrig war, ist diese Quote aber gegenwärtig nicht höher als in Italien. Die Anhebung der Investitionsquote gelang vornehmlich in der ersten Hälfte des Betrachtungszeitraums und nur deshalb, weil der Staat einen Anteilsverlust beim öffentlichen Verbrauch von real 5 Prozentpunkten hinnahm und sich außerdem der Anteil des Außenbeitrags um zwei Prozentpunkte verminderte. Der Anteil des realen privaten Verbrauchs war dagegen 1973 etwa gleich groß wie 1953. Die korrigierte Lohnquote erhöhte sich sogar um 3,5 Prozentpunkte. Dies war Folge der unachgiebigen Haltung der britischen Gewerkschaften im Verteilungskonflikt. Sie stand einer weiteren Erhöhung der Investitionsquote entgegen, die für eine Wachstumsbeschleunigung notwendig gewesen wäre. Je geringer aber das Wirtschaftswachstum ist, umso weniger können die Ansprüche der einzelnen Grup-

pen befriedigt werden. Dafür gibt die britische Nachkriegsentwicklung ein eindringliches Beispiel.

Die Resistenz von Löhnen und Verbrauch führte in Großbritannien nicht zu ähnlich starken Preissteigerungen wie in Frankreich, weil bei überbewerteter Währung in den Aufschwungsphasen verstärkt auf das Auslandsangebot zurückgegriffen und in den Abschwächungsphasen, die zum Abbau der Leistungsbilanzdefizite eingeleitet wurden, die öffentlichen Ausgaben erheblich eingeschränkt wurden.

In den sechziger Jahren unternahm die britische Regierung den Versuch, den Anteil des privaten Verbrauchs zurückzudrängen, indem sie auch zum Mittel der Steuererhöhung griff, wenn sie konjunkturpolitisch restriktiv vorging. Der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, der bis 1961 gesunken war, nahm zwischen 1961 und 1970 um 7 Prozentpunkte zu. Der Anteil des realen privaten Verbrauchs sank daraufhin im gleichen Zeitraum um 2 Prozentpunkte.

Die Verlagerung des Schwergewichts der finanzpolitischen Restriktionen auf die Steuerpolitik war zwar notwendig, damit die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Diensten nicht noch mehr eingeschränkt werden mußte. Sie trug aber gleichzeitig

Großbritannien

Durchschnittliche jährliche Veränderungen
der Preise in vH

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	2,7	2,5	3,1	4,4	7,7	3,6
Öffentlicher Verbrauch	4,2	5,4	4,5	6,4	9,5	5,7
Anlageinvestitionen	2,2	2,1	2,9	3,9	11,3	3,5
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	2,4	2,1	2,6	3,7	10,6	3,3
Anlageinvestitionen des Staates	0,8	1,6	4,3	4,6	13,6	4,1
Wohnbauten	2,3	1,0	3,5	4,5	15,3	3,8
Sonstige Bauten	2,6	1,9	3,9	4,4	14,1	4,1
Ausrüstungen	1,9	2,7	2,2	3,3	8,0	3,1
Ausfuhr von Gütern und Diensten	0	1,7	1,7	4,8	7,4	2,7
Einfuhr von Gütern und Diensten	0,7	0,4	1,7	4,8	9,4	2,5
Bruttosozialprodukt	3,0	3,3	3,4	4,7	8,0	4,1

zur Verschärfung des Verteilungskonflikts bei; denn durch sie wurde der Anteil des Nettolohneinkommens am Bruttosozialprodukt zwischen 1962 und 1969 verringert. Die gleiche Wirkung hatten die Bemühungen, mit Hilfe der Pfundabwertung Ende 1967 eine grundlegende außenwirtschaftliche Gesundung zu erreichen. Eine Erhöhung der Exportquote, die über die Zunahme der Importquote hinausging, gelang allerdings nur vorübergehend in den Jahren 1969 bis 1972, in denen die Expansion der Binnenachfrage vor allem aufgrund steuerpolitischer Dämpfungsmaßnahmen schwach war. Erstmals im Betrachtungszeitraum wurden in den Jahren 1969 bis 1971 hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzielt, denen beachtliche Leistungsbilanzüberschüsse entsprachen.

Die Verschärfung des Verteilungskonflikts als Folge der Restriktionspolitik führte von 1970 an zu einer Eskalation der Lohnsatzsteigerungen. Obwohl sie bei mäßigem Wirtschaftswachstum eine erhebliche Beschleunigung des Preisauftriebs nach sich zogen, verschob sich die Verteilungsstruktur wiederum zugunsten der unselbständig Beschäftigten. Der reale Anteil des privaten Verbrauchs, der sich bis 1969 verringert hatte, nahm erneut zu, die reale Investitionsquote dagegen ab. Der sich verschär-

fende Verteilungskonflikt legte den Keim zur Verschlechterung der Außenwirtschaftssituation. Die Leistungsbilanz wurde im zweiten Halbjahr 1972 wieder defizitär.

Die britische Regierung erhoffte sich eine Lösung der sie bedrängenden Probleme vom Übergang zu frei schwankendem Pfundkurs. So vertrat sie die Ansicht, daß bei flexiblem Wechselkurs die außenwirtschaftliche Flanke abgesichert sei und von der Außenwirtschaft selbst bei einer Wachstumsbeschleunigung keine Störungen ausgehen könnten. Die Entwicklung im Jahre 1973, in dem sich das wirtschaftliche Wachstum verstärkte, widerlegte diese Auffassung. Das Leistungsbilanzdefizit nahm ein bis dahin noch nicht erreichtes Ausmaß an. Krasse Importpreissteigerungen infolge des sinkenden Pfundkurses gaben zudem dem Preis- und Lohnauftrieb neue Nahrung.

Eine Wachstumsdämpfung war schließlich unvermeidlich. Bislang wurde dadurch jedoch weder die Inflation gemildert noch ein nennenswerter Abbau des Leistungsbilanzdefizits — allerdings auch wegen der Ölpreiserhöhung — erreicht. Überwunden werden kann die „englische Krankheit“ genauso wie das italienische Dilemma nur dann, wenn es gelingt, den Verteilungskonflikt zwischen Unternehmen, Gewerk-

schaften und Staat zu mildern. Der erneute Versuch, mit einem Sozialkontrakt das Problem zu lösen, ist zwar ein Schritt in dieser Richtung, er hatte aber bisher wenig Erfolg.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die reale Struktur der Güterverwendung stärker als in den anderen Ländern durch terms of trade Gewinne im Außenhandel beeinflusst. Im Vergleich der Jahre 1973/53 blieben die Einfuhrpreise nahezu konstant, während die Ausfuhrpreise 1973 rund ein Viertel höher lagen als 1953. Deshalb schwankt der Anteil des Außenbeitrags in Abhängigkeit vom Basisjahr der Preisbereinigung. So betrug der Anteil im Jahre 1973 auf der Basis 1962 = 100 2,7 vH, ist aber auf der Basis 1953 mit 4 vH negativ. Generell läßt sich sagen, daß die Investitionsquote real zwischen 1953 und 1973 spürbar gestiegen ist, wenn auch weniger als in Frankreich, während sich die Anteile des privaten und öffentlichen Verbrauchs real nicht wesentlich verändert haben. Auch die korrigierte Lohnquote war 1973 fast genauso hoch wie 1953. Sie schwankte allerdings in der Zwischenzeit.

Die Entwicklung warf auch in der Bundesrepublik Deutschland Probleme auf, deren Lösung auf Schwierigkeiten stieß. So war der Wachstumsprozeß nicht frei von Konjunkturschwankungen. Diese führten

erstmalig 1967 zu einem – geringfügigen – Sozialproduktrückgang. Der langfristige Wachstumspfad, um den die Konjunktur schwankte, flachte sich zudem allmählich ab. Dies war zunächst vor allem dadurch bedingt, daß sich der Zuwachs zur erwerbsfähigen Bevölkerung verringerte. In den letzten Jahren war es jedoch immer mehr die Folge einer Dämpfungspolitik, mit der die sich beschleunigenden Preissteigerungen bekämpft wurden.

Zu nennenswerten Konflikten kam es in den fünfziger Jahren vor allem deshalb nicht, weil sich die Strukturen gleich zu Anfang beträchtlich zugunsten der Investitionen bei kräftigem Wachstum änderten und auch die Komponenten, deren Anteile geringer wurden, in ihrer absoluten Höhe stark ausgedehnt werden konnten.

Erst im Laufe der sechziger Jahre nahm die Konfliktintensität zu. Dies legte den Keim für die Konjunkturabschwächung in den Jahren 1966 und 1967. Zwar kam der Preisanstieg in dieser Konjunkturphase fast zum Stillstand. Jedoch verschob sich schon in ihr – ausgeprägter als in den vorangegangenen Abschwächungsphasen – die Verteilungsstruktur zu Lasten der unselbständig Beschäftigten, da sich die Lohnsatzsteigerungen stark verlangsam-

Bundesrepublik Deutschland

Durchschnittliche jährliche Veränderungen in vH
real zu Preisen von 1953

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	8,2	6,4	5,2	4,4	4,2	5,9
Öffentlicher Verbrauch	3,6	6,2	5,7	2,8	4,9	5,3
Anlageinvestitionen	17,2	6,3	6,6	4,8	2,6	6,7
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	16,6	5,9	5,6	5,1	3,6	6,4
Anlageinvestitionen des Staates	22,6	9,2	13,0	3,0	-3,1	8,5
Wohnbauten	10,0	3,8	4,9	-0,7	9,0	3,8
Sonstige Bauten	17,3	7,8	7,7	3,3	0,2	6,8
Ausrüstungen	21,6	6,9	6,7	7,4	2,0	7,8
Ausfuhr von Gütern und Diensten	20,3	11,7	6,8	11,0	10,1	9,0
Einfuhr von Gütern und Diensten	28,6	14,5	10,2	9,7	9,1	10,8
Bruttosozialprodukt	9,4	6,2	4,5	4,9	3,4	5,6

Bundesrepublik Deutschland
Durchschnittliche jährliche Veränderungen
der Preise in vH

	1953/55	1955/60	1960/65	1965/70	1970/73	1953/73
Privater Verbrauch	1,0	1,9	2,8	2,5	5,9	2,7
Öffentlicher Verbrauch	2,5	3,4	5,0	5,7	9,9	5,3
Anlageinvestitionen	1,5	3,0	3,9	2,9	5,3	3,5
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	1,5	3,0	3,9	2,7	5,2	3,5
Anlageinvestitionen des Staates	1,7	3,4	3,8	3,8	5,9	3,8
Wohnbauten	2,5	4,6	6,0	4,5	7,9	5,3
Sonstige Bauten	2,6	4,1	4,7	3,8	6,1	4,4
Ausrüstungen	-0,8	1,3	2,1	1,9	2,8	1,9
Ausfuhr von Gütern und Diensten	-0,1	1,1	1,0	0,7	1,9	1,1
Einfuhr von Gütern und Diensten	-0,9	-1,6	0,1	0,3	1,3	0
Bruttosozialprodukt	1,0	2,7	3,5	3,0	6,5	3,4

ten und gleichzeitig der Leistungsbilanzüberschuß beträchtlich zunahm. Als sich im folgenden Konjunkturaufschwung auch die Anlageinvestitionsquote, die sich 1967 verringert hatte, wieder erhöhte, ging die korrigierte und selbst die unkorrigierte Lohnquote weiter zurück. Dadurch wurde 1969 ein Verteilungskonflikt entfacht, der zu einer starken Beschleunigung der Lohn- und Preissteigerungen führte.

Es gelang jedoch, eine weitere Eskalation des Lohn- und Preisauftriebs zu verhindern. Als Folge der kräftigen Lohnsaterhöhungen und der DM-Aufwertungen nahm die korrigierte Lohnquote 1970 wieder zu, worauf sich die Intensität des Verteilungskonflikts zunächst verringerte. Einer Verschärfung dieses Konflikts im Jahre 1974 wirkten die wirtschaftspolitischen Instanzen in erster Linie mit einem restriktiven geldpolitischen Kurs entgegen. Bei sich abschwächender Konjunktur gelang es, eine Beschleunigung des Preisauftriebs zu verhindern, obwohl sich die Lohnsatzsteigerungen verstärkt hatten. Allerdings verschob sich die Verteilungsstruktur weiterhin zu Lasten der Unternehmen.

Inzwischen wurden finanzpolitische Maßnahmen eingeleitet, die verhindern sollen, daß die Investitionsneigung der Unternehmen in einem die künftige Entwicklung gefährdenden Ausmaß abnimmt. Entscheidend für den Erfolg ist, daß es gelingt, eine erneute Intensivierung des Verteilungskonflikts zu verhindern.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß Verwendungs- und Verteilungskonflikte erforderliche Strukturänderungen erschweren oder sogar unmöglich machen können. Das hat in der Vergangenheit vor allem für Großbritannien und Italien eine Rolle gespielt, weniger für die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. In Großbritannien und Italien haben Konflikte vornehmlich zu einer Beschleunigung des Lohn- und Preisauftriebs geführt. Verstärkte Bemühungen um Konfliktentschärfung — wie Abschluß eines Sozialkontrakts, Intensivierung staatlicher Sparförderung, Einführung von mehr Mitbestimmung in den Unternehmen — sind jedoch nicht nur in diesen Volkswirtschaften nötig, damit die Aufgaben, vor die sich die wirtschaftspolitischen Instanzen gestellt sehen, bewältigt werden können.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

- Nr. 96 **Wirtschaftspolitische Prioritätsunterschiede in der EG als Hindernisse für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und Instrumente zu ihrer Überwindung.** Von F. Franzmeyer und B. Seidel. 162 S. 1973. DM 68,60.
- Nr. 97 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis 1971.** Von W. Kirner und G. Noack. 77 S. 1973. DM 42,60.
- Nr. 98 **System und Entwicklung der DDR-Wirtschaft.** Von P. Mitzscherling, H. Lambrecht, M. Melzer, Ch. Otto-Arnold, M. E. Ruban, A. Scherzinger-Rüger, H. Vortmann und H. Wilkens. 298 S. 1974. DM 69,60.
- Nr. 99 **Sozio-ökonomische Kriterien als Maßstab für den relativen Entwicklungsstand von Ländern und Sektoren, dargestellt am Beispiel Lateinamerikas.** Von H. Bokermann. 71 S. 1974. DM 26,60.
- Nr. 100 **Makroökonomische Entscheidungskriterien für den Aufbau alternativ großer Park-and-Ride-Systeme als Bestandteil des Nahverkehrs in einem Ballungsgebiet, dargestellt am Beispiel Hamburg.** Von J. Niklas. 61 S. 1974. DM 33,60.
- Nr. 101 **Qualitative Arbeitsmarktsteuerung.** Probleme und Möglichkeiten. Von K.-P. Gaulke. 158 S. 1974. DM 49,60.
- Nr. 102 **Die Entwicklung in der Güterverkehrssituation West-Berlins 1970 bis 1980.** Von R. Hopf. 234 S. 1975. DM 64,60.
- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droege und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.

Im Druck:

- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen.

Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 27 **Input-Output-Rechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 1954, 1958, 1962, 1966.** Von R. Stäglin und H. Wessels unter Mitarbeit von I. Liebe und J. Schintke. 169 S. und 7 Ausschlagtafeln. 1973. DM 78,—.
- Heft 28 **Projektionen und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftebedarfs in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland bis 1985.** Von W. Jeschek. 90 S. und 124 S. Tabellenanhang. 1973. DM 88,60.
- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt.** Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,—.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren.** Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen. Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** — Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II.** — Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982. Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.

Im Druck:

- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt †

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verwendungs-, Verteilungskonflikte und Inflationsprozeß in den vier großen EG-Ländern
bearbeitet von Manfred Teschner.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.

Frankreich

	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Anteile am Bruttosozialprodukt real in vH (1953 = 100)																					
Privater Verbrauch . . .	67,5	66,5	66,5	67,0	66,6	65,7	62,6	61,0	61,5	61,8	62,6	62,1	61,9	61,3	61,6	61,4	60,6	59,9	60,1	60,2	60,2
Öffentlicher Verbrauch . . .	15,7	13,7	12,8	13,9	13,8	13,9	12,1	11,6	11,5	11,1	10,7	10,4	10,2	9,9	9,8	9,8	9,5	9,2	9,1	9,0	8,8
Anlageinvestitionen . . .	16,1	16,5	17,7	18,2	19,0	19,4	20,9	21,0	22,4	22,9	23,5	25,0	25,5	26,2	26,5	26,7	27,5	27,6	28,0	28,6	28,7
der Unternehmen . . .	14,1	14,3	15,4	15,9	16,8	17,3	18,8	18,7	19,9	20,1	20,6	21,9	22,3	22,9	23,0	23,2	24,2	24,2	24,6	25,2	25,3
des Staates	2,0	2,2	2,3	2,3	2,2	2,1	2,1	2,3	2,5	2,8	2,9	3,1	3,2	3,3	3,5	3,5	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4
Wohnbauten	3,5	4,0	4,3	4,2	4,2	4,3	5,2	5,0	5,0	5,0	5,2	6,1	6,5	6,4	6,3	6,2	6,2	6,3	6,2	6,3	6,3
Sonstige Bauten	5,2	5,0	5,2	5,3	5,5	5,7	5,9	6,0	6,6	6,7	6,8	7,2	7,5	7,7	8,1	8,2	8,0	8,0	8,2	8,3	8,3
Ausrüstungen	7,4	7,5	8,2	8,7	9,3	9,4	9,8	10,0	10,8	11,2	11,5	11,7	11,5	12,1	12,1	12,5	13,3	13,3	13,6	14,0	14,1
Lagerbildung	0,8	1,8	1,2	2,7	2,5	2,7	2,8	4,5	3,0	3,5	3,0	3,0	1,5	2,6	2,2	2,7	3,9	2,9	1,7	2,1	2,5
Außenbeitrag	- 0,1	1,5	1,8	- 1,8	- 1,9	- 0,8	1,6	1,9	1,8	0,7	0,2	- 0,5	0,9	0	- 0,1	- 0,6	- 1,5	0,4	1,0	0,1	- 0,2
Ausfuhr	14,6	16,3	16,4	14,3	14,2	14,3	15,3	16,6	16,6	15,9	16,3	16,5	17,7	18,1	18,5	19,3	21,1	23,4	24,7	25,9	27,5
Einfuhr	14,7	14,7	14,6	16,1	16,1	15,1	13,7	14,7	15,0	15,2	16,1	17,0	16,8	18,1	18,6	19,9	22,6	23,0	23,7	25,8	27,7
Anteile am Bruttosozialprodukt nominal in vH																					
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	42,7	43,6	44,3	45,1	45,0	45,0	44,5	43,8	45,0	45,5	46,3	46,5	46,7	46,4	46,5	47,3	47,5	48,1	48,5	48,7	49,3
dito, korrigiert)	67,9	68,2	67,9	66,5	65,8	64,7	63,0	64,0	63,9	64,0	63,3	63,1	62,1	61,6	62,4	61,7	61,8	61,8	61,4	61,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	31,7	31,3	31,8	31,3	31,2	31,3	31,8	31,5	30,4	30,0	29,0	28,6	28,3	28,6	28,9	29,3	28,8	28,5	28,1	28,3	27,8
dito, korrigiert	7,0	7,9	8,5	9,7	10,5	11,6	12,3	11,4	11,6	11,3	11,8	11,9	12,9	13,8	14,2	14,6	14,8	14,8	15,6	15,6

Italien

	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Anteile am Bruttosozialprodukt real in vH (1953 = 100)																					
Privater Verbrauch . . .	70,6	69,1	67,2	67,1	65,9	65,2	63,8	63,9	62,9	63,2	66,0	65,6	64,3	64,6	65,0	63,6	64,0	66,2	66,6	66,8	67,2
Öffentlicher Verbrauch . . .	11,5	11,6	11,0	10,9	10,4	10,5	10,2	10,0	9,6	9,6	9,6	9,6	9,5	9,3	9,0	8,8	8,6	8,4	8,7	8,8	8,6
Anlageinvestitionen . . .	19,3	20,7	21,6	22,0	22,6	21,9	22,2	23,7	24,5	25,4	26,4	23,6	20,4	20,1	21,2	21,8	22,2	22,3	21,2	20,7	21,7
der Unternehmen . . .	16,2	17,8	18,9	19,6	20,6	19,1	19,3	20,5	21,4	22,5	23,7	20,5	17,5	17,2	18,1	18,9	19,9	19,5	18,5	18,3	19,6
des Staates	3,1	2,9	2,7	2,4	2,6	2,8	2,9	3,2	3,1	2,9	2,7	3,1	2,9	2,9	3,1	2,9	2,6	2,8	2,7	2,4	2,1
Wohnbauten	4,1	4,8	5,4	5,7	6,1	6,0	6,0	5,7	5,7	6,2	6,7	6,9	6,1	5,7	5,7	5,9	6,5	5,8	4,9	4,9	4,9
Sonstige Bauten	5,9	6,2	6,4	6,0	6,2	6,7	6,7	7,0	6,9	7,0	6,7	6,3	5,9	5,7	5,9	5,9	5,7	5,6	5,5	5,1	4,9
Ausrüstungen	9,3	9,7	9,8	10,3	10,3	9,2	9,5	11,0	11,9	12,2	13,0	10,4	8,4	8,7	9,6	10,0	10,0	10,9	10,8	10,7	11,9
Lagerbildung	0,7	0,1	1,6	1,2	0,9	1,0	1,3	2,3	2,6	2,2	1,8	0,9	1,1	1,1	1,5	0,2	1,0	2,2	0,5	1,0	2,3
Außenbeitrag	- 2,1	- 1,5	- 1,4	- 1,2	0,2	1,4	2,5	0,1	0,4	- 0,4	- 3,8	0,3	4,7	4,9	3,3	5,6	4,2	0,9	3,0	2,7	0,2
Ausfuhr	10,8	11,4	11,8	13,2	15,3	16,4	18,1	20,3	21,6	22,9	23,6	25,4	29,1	31,0	31,0	33,5	36,1	36,8	38,7	41,9	41,8
Einfuhr	12,9	12,9	13,2	14,4	15,1	15,0	15,6	20,2	21,2	23,3	27,4	25,1	24,4	26,1	27,7	27,9	31,9	35,9	35,7	39,2	41,6
Anteile am Bruttosozialprodukt nominal in vH																					
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	38,9	39,9	39,7	39,8	40,4	40,4	40,7	41,6	41,6	43,1	45,8	46,9	46,0	45,5	45,6	46,0	46,0	48,0	51,0	52,1	53,4
dito, korrigiert)	72,9	72,5	68,6	68,7	68,5	72,5	71,2	69,4	69,4	71,0	73,1	72,2	71,0	70,4	70,1	68,4	70,3	73,7	73,8	74,9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	41,9	40,2	40,8	40,3	39,6	40,1	39,8	38,6	38,5	37,3	34,9	33,9	34,6	35,4	35,1	35,2	35,4	33,0	30,6	30,4	29,2
dito, korrigiert	7,2	8,0	11,5	11,3	12,0	8,0	9,0	10,7	11,0	9,7	7,7	8,4	9,9	10,3	11,1	13,0	10,7	7,9	8,7	7,7

Großbritannien

	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Anteile am Bruttosozialprodukt																					
real in vH (1953 = 100)																					
Privater Verbrauch . . .	66,8	66,9	67,6	66,9	66,9	68,3	68,7	68,0	67,4	68,3	68,3	66,8	66,5	66,5	66,9	66,3	65,0	65,4	65,8	68,0	67,1
Öffentlicher Verbrauch . .	18,2	17,4	16,4	15,9	15,4	14,9	14,7	14,3	14,4	14,7	14,3	13,7	13,8	13,9	14,4	14,0	13,5	13,4	13,5	13,7	13,4
Anlageinvestitionen . . .	13,8	14,5	14,8	15,2	15,7	15,7	16,3	17,0	17,9	17,7	17,3	19,1	19,3	19,5	20,4	20,8	20,1	20,2	19,9	19,9	19,8
der Unternehmen	9,0	9,8	10,7	11,2	11,8	12,0	12,5	13,2	14,1	13,7	13,4	14,6	14,8	14,7	15,1	15,2	14,8	15,1	15,0	15,1	15,2
des Staates	4,8	4,7	4,1	4,0	4,9	3,7	3,8	3,8	3,8	4,0	3,9	4,5	4,5	4,8	5,3	5,6	5,3	5,1	4,9	4,8	4,6
Wohnbauten	3,7	3,7	3,3	3,1	2,9	2,7	3,0	3,2	3,2	3,3	3,3	3,8	3,8	3,8	4,0	4,1	3,7	3,3	3,3	3,5	3,4
Sonstige Bauten	3,5	3,7	4,0	4,4	4,6	4,8	4,9	5,1	5,7	5,9	5,5	6,1	6,1	6,0	6,4	6,6	6,5	6,4	6,5	6,4	5,8
Ausrüstungen	6,6	7,1	7,5	7,7	8,2	8,2	8,4	8,7	9,0	8,5	8,5	9,2	9,4	9,7	10,0	10,1	9,9	10,5	10,1	10,9	10,6
Lagerbildung	0,7	0,2	1,6	1,2	1,2	0,6	0,9	2,9	1,5	0,3	0,8	2,5	1,5	1,9	0,7	0,6	1,2	0,9	0,2	-0,1	1,3
Außenbeitrag	0,5	1,0	-0,4	0,8	0,8	0,5	-0,6	-2,2	-1,2	-0,9	-0,7	-2,1	-1,1	-0,9	-2,4	-1,7	0,2	0,1	0,6	-1,5	-1,6
Ausfuhr	26,3	26,8	27,5	28,2	28,3	27,7	27,4	27,6	27,6	27,8	27,7	27,4	28,4	28,6	28,2	30,3	32,6	33,7	35,1	35,0	37,4
Einfuhr	25,8	25,8	27,9	27,4	27,5	27,2	28,0	29,8	28,8	28,7	28,4	29,5	29,5	29,5	30,6	32,0	32,4	33,6	34,5	36,5	39,0
Anteile am Bruttosozialprodukt																					
nominal in vH																					
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	56,4	57,1	58,3	58,7	58,6	58,4	58,2	59,0	59,6	59,9	59,2	58,9	59,2	59,5	58,7	58,2	58,1	59,2	58,9	59,5	59,7
dito, korrigiert)	61,2	61,8	63,1	63,5	63,4	63,1	62,8	63,7	64,3	64,5	63,7	63,3	63,4	63,8	63,2	62,6	62,7	64,0	63,9	64,6	64,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ²⁾	24,3	23,9	22,2	21,9	22,1	22,3	22,6	22,2	21,3	20,6	21,4	21,3	20,5	19,5	20,2	19,9	18,5	17,2	18,1	18,2	18,6
dito, korrigiert	19,5	19,2	17,4	17,1	17,3	17,6	18,0	17,5	16,6	16,0	16,9	16,9	16,3	15,2	15,7	15,5	13,9	12,4	13,1	13,1	13,6

Bundesrepublik Deutschland

	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960*)	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Anteile am Bruttosozialprodukt																					
real in vH (1953 = 100)																					
Privater Verbrauch . . .	60,1	59,5	58,8	59,7	60,1	61,2	60,5	60,0	60,8	62,0	62,3	61,5	62,2	62,8	63,4	61,0	60,8	61,9	64,0	64,8	63,2
Öffentlicher Verbrauch . .	14,5	13,9	13,0	12,2	12,1	12,7	13,0	12,7	12,8	13,8	14,3	13,3	13,2	13,2	13,6	12,6	12,2	12,2	12,8	12,9	12,8
Anlageinvestitionen . . .	20,6	21,8	23,6	23,9	22,6	22,8	23,9	24,0	25,2	25,8	25,6	26,8	26,6	26,1	23,9	24,0	25,2	26,9	27,5	27,3	26,2
der Unternehmen	18,5	19,5	21,0	21,1	19,9	20,2	20,9	21,0	22,0	22,1	21,6	22,4	22,3	21,8	20,0	20,1	21,3	22,9	23,7	23,8	22,9
des Staates	2,1	2,3	2,6	2,8	2,7	2,6	3,0	3,0	3,2	3,7	4,0	4,4	4,3	4,3	3,9	3,9	3,9	4,0	3,8	3,5	3,3
Wohnbauten	5,9	5,9	5,9	5,9	5,7	5,7	5,8	5,1	5,1	5,1	5,0	5,3	5,2	5,1	4,9	4,6	4,2	4,0	4,3	4,8	4,6
Sonstige Bauten	5,4	5,6	6,2	6,7	6,4	6,3	6,8	6,9	7,1	7,4	7,4	8,1	7,9	7,9	7,1	7,2	7,2	7,5	7,4	7,2	6,8
Ausrüstungen	9,3	10,3	11,5	11,3	10,5	10,8	11,3	12,0	13,0	13,3	13,2	13,4	13,5	13,1	11,9	12,2	13,8	15,4	15,8	15,3	14,8
Lagerbildung	1,3	1,7	2,7	1,7	2,4	1,7	1,7	3,4	2,5	1,4	0,7	1,6	3,0	1,0	-0,4	3,2	3,9	3,4	1,2	0,9	1,8
Außenbeitrag	3,5	3,1	1,9	2,5	2,8	1,6	0,9	-0,1	-1,3	-3,0	-2,9	-3,2	-5,0	-3,1	-0,5	-0,8	-2,1	-4,4	-5,5	-5,9	-4,0
Ausfuhr	17,0	19,7	20,5	22,1	24,2	24,7	26,0	22,7	22,2	22,3	23,4	24,3	24,8	26,7	28,9	30,4	31,7	32,8	34,5	36,1	39,8
Einfuhr	13,5	16,6	18,6	19,6	21,4	23,1	25,1	22,8	23,5	25,3	26,3	27,5	29,8	29,8	29,4	31,2	33,8	37,2	40,5	42,0	43,8
Anteile am Bruttosozialprodukt																					
nominal in vH																					
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	45,5	46,3	46,1	46,8	47,1	47,6	46,9	47,2	48,3	49,3	49,6	49,5	50,0	50,5	50,0	49,3	49,6	51,5	52,5	52,6	53,6
dito, korrigiert)	63,5	63,7	62,5	62,7	62,2	62,7	61,4	61,1	62,2	62,8	62,6	61,9	62,0	62,4	61,9	60,7	60,3	62,0	62,8	62,8	63,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	31,7	31,0	31,6	31,3	31,3	30,6	31,0	30,7	29,3	27,8	27,4	27,5	27,2	26,4	25,9	27,9	26,5	25,7	24,3	24,1	23,5
dito, korrigiert	13,7	13,6	15,2	15,4	16,2	15,5	16,5	16,8	15,4	14,3	14,4	15,1	15,2	14,5	14,0	16,5	15,8	15,2	14,0	13,9	13,4

*) Ab 1960 einschließlich Saarland und Berlin (West).

1) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Gesamteinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. — 2) Einschließlich statistischer Diskrepanz.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Statistik, OECD, National Accounts, Labour Force Statistics, I. N. S. E. E., Rapport sur les comptes de la nation, Istituto Centrale di Statistica, Annuario di contabilità nazionale; Mondo Economico, supplemento: Relazione Generale, Central Statistical Office, Nationale Income and Expenditure, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.